

Klima-Leiche im Wallis aufgetaucht

Treibhausgas Die Chemiefirma Lonza hat jahrzehntelang klimaschädliches Lachgas produziert – ohne es zu merken. Damit wird es für die Schweiz schwieriger, das Klimaziel 2020 zu erreichen.

Stefan Häne

Die Schweizer Industrie stösst umgerechnet rund 0,6 Millionen Tonnen mehr CO₂ aus als bisher ausgewiesen – die Menge entspricht gut einem Prozent aller Treibhausgasemissionen im Land. Grund dafür ist eine Lachgasquelle im Wallis, genauer in Visp. Dort stellt Lonza seit bald 50 Jahren das Vitamin Niacin her.

Doch erst vor zwei Jahren hat das Chemie- und Pharmaunternehmen – dank moderner Messgeräte – bei einer Kontrolle erste Hinweise auf eine unbekannt Emissionsquelle erhalten. Mittlerweile ist klar: Es handelt sich um Lachgas. Über den Fall haben das Bundesamt für Umwelt (Bafu) und Lonza gestern informiert.

Lonza «bedauert die Situation ausserordentlich», sieht sich aber keiner Schuld bewusst. Lachgasemissionen sind nicht in der Luftreinhalteverordnung geregelt, weil sie als gesundheitlich unbedenklich gelten. Aus diesem Grund hat das Unternehmen auch nicht danach gesucht. Aufgrund seiner Eigenschaften hat Lachgas aber ein erhebliches Treibhauspotenzial. Lonza bezeichnet sich als weltweiten Marktführer bei der Herstellung von Niacin. Ein zweiter Produktionsstandort liege in China, allerdings komme dort ein anderes Verfahren zur Anwendung.

Unternehmen melden Werte

Dass die Emissionen übersehen wurden, erklärt das Bafu damit, dass ausser Lonza niemand in Europa Erfahrungen mit der Herstellung des Vitamins hat. Auch die Messstation auf dem Jungfrauoch habe die Lachgasquelle nicht angezeigt, sagt Andrea Burkhardt, Chefin der Abteilung Klima beim Bafu.

Weshalb, ist unklar. Möglicherweise spielten laut Burkhardt topografische Gründe eine Rolle: Visp ist im Walliser Haupttal gelegen, die Messstation auf einer Höhe von über 3000 Metern über Meer, abgeschirmt durch hohe Berge.

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf einen wichtigen Baustein in der Klimapolitik: die Bilanzierung der Treibhausgase. Nicht das Bafu oder sonst eine Behörde erhebt die Emissionen aus grossen Industrieanlagen. Es sind



Wie viel zusätzliches Treibhausgas seit den 70er-Jahren entwichen ist, lässt sich laut Lonza nicht rekonstruieren. Foto: Olivier Maire (Keystone)

vielmehr die Unternehmen selber, welche die Werte dem Bafu melden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass weitere Klima-Leichen auftauchen, wie Burkhardt einräumt: «Die Klimabilanzierungen bilden immer nur jene Quellen ab, von deren Existenz wir wissen.»

Wie zuverlässig ist die Klimabuchhaltung also? Der Verband Swisscleantech fordert eine Analyse der Situation. «Der Bund muss herausfinden, wo allenfalls ähnliche Prozesse noch unentdeckt sind», sagt Geschäftsführer Christian Zeyer. Es gebe wohl nicht viele Anlagen, die dafür

infrage kämen. Das Bafu äussert sich nicht dazu. Es verweist aber darauf, dass es für Unternehmen wie Lonza die Pflicht zum Monitoring gebe, das punktuell auch von unabhängigen Experten überprüft werde. Auch werde das Treibhausgasinventar durch ein internationales Reviewteam der UNO regelmässig gecheckt.

«Hätte Lonza nichts gesagt»

Christian Zeyer zeigt sich aufgrund des Alters der Lonza-Anlage über den Fund wenig erstaunt, und er lobt Lonza für die Transparenz, die sie hergestellt habe: «Das kann man von einer gut geführten Firma aber auch erwarten.» Allerdings, so Zeyer: «Hätte die Lonza nichts gesagt, wäre die Emission kaum entdeckt worden.»

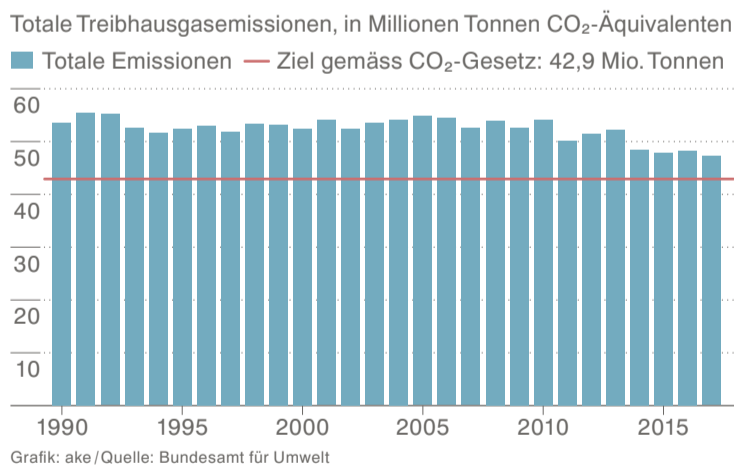
Lonza hat sich gegenüber dem Bafu verpflichtet, bis spätestens Ende 2021 einen Katalysator in die Anlage einzubauen – einen 18 Meter hohen Turm, der die Lachgasemissionen um mindes-

tens 98 Prozent vermindern soll. Lonza hat das Baugesuch Ende November 2019 eingereicht, die Baugenehmigung liegt seit Ende Januar vor. Kostenpunkt der Investition: 12 Millionen Franken.

Das nächste Treibhausgasinventar – jenes für das Jahr 2018 – wird im April veröffentlicht. Wie viel zusätzliches Treibhausgas seit den 70er-Jahren in die Luft entwichen ist, lässt sich laut Lonza nicht mehr genau rekonstruieren. Eine Schätzung wagt derzeit niemand.

Sicher ist: Die Klimabilanz der Schweiz verschlechtert sich durch den Fund. Es wird also schwieriger, das Klimaziel 2020 zu erreichen: eine CO₂-Reduktion von 20 Prozent gegenüber 1990, und zwar mit Massnahmen allein im Inland. Die aktuell verfügbaren Daten aus dem Jahr 2017 zeigen eine Abnahme um bisher 12 Prozent. Bafu-Expertin Andrea Burkhardt wagt keine Prognose, ob die Schweiz die Vorgabe erfüllen kann.

Treibhausgasemission der Schweiz



Müssen die Parteien Spenden bald schweizweit offenlegen?

Politikfinanzierung Ein Überraschungscoup der Juso in Schaffhausen lässt auch die Befürworter nationaler Transparenz-Regeln hoffen.

Mit Schaffhausen hat sich am Sonntag ein konservativer Kanton Regeln für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung gegeben. Die Stimmberechtigten nahmen eine Initiative der Jungsozialisten (Juso) an und sprachen sich damit dafür aus, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen künftig offenlegen müssen. Spenden von Firmen oder Verbänden sollen schon ab einem Franken deklariert werden, solche von Privatpersonen ab 3000 Franken.

Von einer «Sensation» schreiben lokale Medien. Ähnlich klang es vor zwei Jahren im ebenfalls bürgerlich geprägten Kanton

Schwyz, wo das Stimmvolk eine vergleichbare Initiative der Jungsozialisten angenommen hatte.

«Wer jetzt noch von einem Überraschungscoup spricht, hat vielleicht einfach die Zeichen der Zeit nicht erkannt», sagt Rosmarie Quadranti (BDP), Co-Präsidentin des Trägervereins der eidgenössischen Transparenz-Initiative. Diese verlangt, dass Parteien die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen müssen. «Die meisten Stimmbürger haben es satt, nicht zu wissen, wer hinter gross angelegten Abstimmungskampagnen steckt», sagt Quadranti.

Ursprünglich hatte der Bundesrat die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Inzwischen hat er seine Haltung revidiert – auch mit Blick auf die Entwicklungen in den Kantonen. 2018 hatte auch Freiburg eine Transparenz-Initiative angenommen. Auch das Tessin, Genf und Neuenburg kennen ähnliche Bestimmungen.

In der Bevölkerung sei ein Gesinnungswandel eingetreten, stellte Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) in der Wintersession fest – und äusserte Sympathien für einen indirekten Gegenvorschlag. Mit einem sol-

chen will der Ständerat der Initiative den Wind aus den Segeln nehmen: Der Vorschlag sieht im Kern vor, dass Spenden ab einem Schwellenwert von 25 000 Franken gemeldet werden müssen.

Sowohl gegen die Initiative als auch gegen den Gegenvorschlag stellt sich Andrea Caroni (FDP), Präsident der Staatspolitischen Kommission des Ständerats. Er sei im Grundsatz durchaus ein Verfechter von Transparenz in der Politik – und auch an der Popularität der Forderung zweifle er nicht. Aufwand und Ertrag stimmten für ihn in dem Fall aber nicht: «Wir würden hohe Kosten

und viel Bürokratie auf uns nehmen, nur um eine Scheintransparenz herzustellen.»

Denn Geld finde, wie Wasser, immer einen Weg, so Caroni. «Mir ist kein Parteienfinanzierungsgesetz ohne Schlupflöcher bekannt.» Wenn die Kantone jedoch ihre Laborfunktion wahrnehmen und Erfahrungen mit solchen Vorschriften sammeln wollten, sei ihm das recht.

In Schwyz und Freiburg verläuft die Umsetzung der Juso-Begehren bislang harzig: Die Transparenz-Regeln sind auch rund zwei Jahre nach Annahme der Initiativen noch nicht in

Nachrichten

Zahl von Menschen mit Demenz steigt stark an

Gesundheit In der Schweiz leben fast 154 700 an Demenz erkrankte Menschen, wie aus gestern veröffentlichten Zahlen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und von Alzheimer Schweiz hervorgeht. Bis 2040 werden voraussichtlich 300 000 Menschen an Demenz erkranken, denn der grösste Risikofaktor ist das Alter. Fast zwei Drittel der Erkrankten sind Frauen. Bund, Kantone und Praxisakteure haben im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie 2014 bis 2019 eine breite Palette an Grundwissen erarbeitet. So betragen etwa die gesamten durch Demenz verursachten Kosten nach aktuellen Schätzungen jährlich rund 11,8 Milliarden Franken. 46,5 Prozent davon entfallen auf die Heimkosten, 47 Prozent auf die unbezahlte, informelle Pflege und Betreuung durch Angehörige. (sda)

Coronavirus: Weniger Anrufe auf Hotline

Gesundheit Die Anrufe auf die Hotline für Fragen zum Coronavirus sind leicht rückläufig. In den vergangenen Tagen seien aber immer noch zwischen 70 und 90 Anrufe pro Tag beantwortet worden, gab die mit dem Betrieb der Hotline beauftragte Medgate auf Anfrage bekannt. Seit dem Start der Hotline am 30. Januar 2020 bis zum Sonntag seien rund 2200 Anrufe eingegangen. Die häufigsten Fragen würden sich auf Reisen in betroffene Länder beziehen sowie auf die Ansteckungsgefahr in der Schweiz, teilte Medgate mit. Bis gestern ist in der Schweiz bei keiner der untersuchten Proben das neue Coronavirus nachgewiesen worden. (sda)

Kommission will Pestizideinsatz senken

Umweltschutz Die Risiken durch den Einsatz von Pestiziden sollen verringert werden. Die Wirtschaftskommission des Ständerats will zu diesem Zweck ein Reduktionsziel im Gesetz verankern. Am Montag hat sie die Vernehmlassung zu einem Gesetzesentwurf eröffnet. Aus Sicht der Kommission ist es der Politik bisher nicht gelungen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Herausforderungen «ernst genommen und mit der nötigen Sorgfalt angegangen» werden. Mit ihrer Vorlage möchte sie ein deutliches Signal senden, schreibt die Kommission in ihrem Bericht zur Vernehmlassung. (sda)

Jacqueline Büchi